

tigt vor dem 1. April 1928 eine weitere Mietsteigerung vorzunehmen.

Also vor dem 1. April 1928 will uns der Finanzminister Brauns keine weitere Mietpreiserhöhung aufhalten. Aber am 1. April 1928 soll dann um so höher die nächste Mietsteigerung in Kraft. Die Bürgerblockregierung wird ihre Absicht, den Ausgleich zwischen den durch ihre eigene verbrecherische Politik hinausgetriebenen Neubausmieten und den Altbausmieten herzustellen, Schritt für Schritt rückwärtslos durchzuführen. Der Mietpreiserhöhung auf 120 Prozent vom 1. Oktober 1927 wird die Steigerung auf 130 Prozent am 1. April 1928 folgen, um nach dem vorliegenden Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums in weiteren Sprünge möglichst bald die 140 Prozent, die schon als Ziel genannt sind, zu erreichen. Auf dieser Höhe des Mietpreises kann sich dann der schamlose Bauhaffmischer in vollem Umfange ausleben, während weitere Beträge der Hauszinsrentensteigerungen in die Taschen der Grundbesitzer wandern.

Diese aufsteigenden Tatsachen und Absichten müssen den dreizehn Millionen der werktätigen Bevölkerung gerade festsitzeln, wo mir unmittelbar vor der Durchführung einer weiteren Mietpreiserhöhung um 1. Oktober stehen, ins Gedächtnis gerufen werden. Der energische Vorstoß gegen die jetzige Mietpreiserhöhung ist die Voraussetzung für die weiteren, uns nach bevorstehenden großen Auseinandersetzungen auf dem Gebiete des Wohnungsweins. Der Kampf gegen die neue Mietpreiserhöhung zum 1. Oktober ist auch schon deshalb ein dringendes Gebot, weil ein Ausglick durch Lohn erhöhungen höher nur in den wenigsten Berufsgruppen und nur teilweise gelungen ist. Das Arbeitsministerium muß in seiner Denkschrift selbst zugeben, daß eine 10prozentige Mietpreiserhöhung eine Lohn erhöhung von 2 Prozent nach sich ziehen müßte. Nach dieser außerordentlich geringen Schätzung müßten also, abgesehen von sonstigen Feuerungsstoffen, alle Löhne und Gehälter von März bis Oktober um mindestens 4 Prozent gestiegen sein. Das Arbeitsministerium gibt aber selbst zu, daß eine solche Erhöhung, nicht für alle Lohnempfänger gleichmäßig und in gleichem Ausmaße eintreten wird". Die Denkschrift fährt wörtlich fort:

Es ist auch ohne weiteres anzugeben, daß große Personenkreise überhaupt nicht in der Lage sind, die Mietsteigerung in irgendeiner Form abzumildern... Im übrigen muß die Tatsache in Kauf genommen werden, daß diese Verhältnisse immer und in jedem Zeitpunkt, der für eine Mietsteigerung überhaupt in Betracht kommen kann, vorhanden sein werden."

Das ist die brutale Sprache der Unternehmer, die da sagen, daß in Deutschland erst 200 Millionen Menschen aussterben müßten, um den anderen die Existenz zu ermöglichen. Das ist die Sprache des Scharfmachers Vorjahr, der den Abbau der Sozialversicherung in rücksichtslosster Form verlangt, wenn dabei auch 50.000 Arbeiter zugrunde gehen. Das ist die Sprache des deutschnationalen Scharfmachers, des Vergewaltigers Leopold, der erklärte, daß in den rationalisierten Betrieben nur etwa drei Viertel der bisherigen Arbeitskräfte beschäftigt werden könnten, „die übrigen müßten eben fressen, wo sie bleiben".

Der ärztliche Bürgerblockminister Dr. Brauns will, daß alle Lohnempfänger die harte Tatsache in Kauf nehmen, die zu jedem Zeitpunkt mit einer Mietsteigerung verbunden ist. Unsere Aufgabe ist es, daß am 1. Oktober die werktätigen Massen die harte Tatsache nicht ohne weiteres in Kauf nehmen! Gerade weil durch Lohnkämpfe keine allgemeine Erhöhung zwecks Ausgleich der Mietsteigerung erreicht ist, und der Bürgerblockminister es selbst zugeben muß, gerade deshalb muß durch Gemeindegewalt über die Widerstand gegen die Mietpreiserhöhung am 1. Oktober gesetzt und geteilt werden. Der von der kommunistischen Reichstagsfraktion während der letzten Reichstagsstagung unternommene Vorstoß muß in allen Gemeinden unterstützt und weiter vorangetrieben werden. Der Antrag unserer Reichstagsfraktion lautet:

„Daß der Reichsarbeitsminister die Verordnung über Festsetzung einer Mindesthöhe für gesetzliche Miets vom 11. März 1927 (RGBl. 1927, Teil 1, S. 72) dahin ändern hat, daß die für den 1. Oktober festgesetzte weitere Erhöhung der gesetzlichen Miets unterbleibt."

Dieser Antrag wurde in der Justiztagung des Bürgerblock-Reichstages mit großer Mehrheit abgelehnt. In der Septembertagung soll ein erneuter, verstärkter Vorstoß unternommen werden. Es ist eines der dringendsten Erfordernisse der Verbreiterung unseres Kampfes gegen die Bürgerblockpolitik, daß aus den Gemeinden gleichlautende oder ähnliche Beschlüsse an alle zuständigen Stellen gerichtet werden. Reichsregierung, Reichstag, Reichstagsfraktionen, Landesregierungen, Landesparlamente und Reichsrat sind solche Gemeindegewalt anzustellen. Die Zulassung an diese Stellen muß kontrolliert werden; Berichterstattung über den Ausgang dieser Angelegenheit ist zu verlangen.

Die beiden großen Mieterorganisationen haben in ihren Reichstagsungen kurz nach Pfingsten d. J. Beschlüsse gegen jede Ueberbreitung der Friedensmiets angenommen. Diese zentralen Beschlüsse bedeuten nichts, wenn nicht jetzt unmittelbar vor einer neuen Mietsteigerung aus den lokalen Organisationen überall lokale Protestbeschlüsse der örtlichen Mieterorganisationen gegen die Mieterblockierungen zum 1. Oktober zustande gebracht werden.

Jeder Versuch, die Mietpreiserhöhung mit der Notwendigkeit der Förderung des Wohnungsbau zu begründen, muß als ein frecher Schwindel energisch zurückgewiesen werden. Nicht Förderung des Wohnungsbau, sondern Steigerung der Hausbesitzerprofite und Beschaffung neuer Millionen für Klassenjustiz, für Ministergehälter und Ritze. Das ist der Sinn der Mietpreiserhöhung vom 1. Oktober.

Gegen das Konkordat

Kommunistischer Bericht im Preußenparlament

Berlin, 17. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die kommunistische Fraktion des Preussischen Landtages hat folgenden Antrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen:

1. Dem Arbeitsministerium wird der Abschluß des Konkordats, gleichviel, ob mit oder ohne Schutzbestimmungen unterjagt. Die dahingehenden Verhandlungen sind sofort abzubrechen.
2. Alle Zuwendungen an die Kirche werden sofort eingestellt und die dafür in Betracht kommenden Gehälter aufgehoben.
3. Das Arbeitsministerium wird ferner beauftragt, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß alle Vorrechte der Kirche beseitigt werden und die kirchlichen Organisationen die Rechte privater Vereinigungen erhalten.
4. Das Arbeitsministerium wird schließlich beauftragt, im Konkordat gegen den sogenannten Reichsschulgesetzentwurf zu stimmen und die völlige Trennung von Kirche und Schule, insbesondere die volle Beseitigung des Religionsunterrichts in der Schule zu fordern.

Gleichzeitig hat die kommunistische Landtagsfraktion an den Präsidenten des Preussischen Landtages ein Schreiben gerichtet, in dem sie die Einberufung des Landtages noch vor dem 1. Oktober fordert.

Neue Justizprobation

Arbeitspruch eines monarchistischen Richters wegen Wahlverhinderung beim Volksentscheid

Wetzlar, 16. September. (Eigener Drahtbericht.)

Vor dem Schöffengericht Pandsberg fand heute ein Prozeß gegen den Rittmeister v. D. Schulze wegen Wahlverhinderung bezüglich des Volksentseids statt. Schulze hatte in dem Oran des Reichsbundes eine Mitteilung veröffentlicht: „Wir bitten nochmals, dafür zu sorgen, daß am 20. Juni die Wahllokale von früh bis abends übermüßt werden. Alle, die zur Wahl gehen, werden in schwarze Listen eingetragen. Auch werden ihre Namen öffentlich bekannt gemacht werden." Das Amtsgericht Pandsberg hatte die Eröffnung des Hauptverfahrens wünschig abgelehnt. Es beharrte auf einer Verurteilung des Oberstaatsanwalts. Schulze berief sich auf einen ausdrücklichen Beschluß der Vertrauensmännerversammlung des Kreislandbundes, durch den der Geschäftsführer, deren Geschäftsführer er ist, ausgesprochen wurde, vor dem Volksentscheid diese Bekanntmachung zu veröffentlichen. Der Staatsanwalt mühte sich dazu zu bemühen, eine Geldstrafe von zwei Monaten zu beantragen, beantragte aber gleichzeitig Strafausssetzung. Trotzdem sprach das Gericht Schulze frei und legte die Kosten der Staatskasse auf.

Die Richter sind nicht die Gefühlsströmlinge als die sie die Kommunisten immer hinstellen. Sie lassen Milde walten und bringen Vorurteilen entgegen, wenn — nun, wenn es sich um einen monarchistischen Rittmeister handelt.

Sher mit der Vollamnestie!

Berlin, 16. September. (Eigener Drahtbericht.)

Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte heute folgende Interpellation ein: Interpellation Ecker, Höllein und Gen. Koch immer werden in Deutschland schwerste Justizhaus und Gefängnisstrafen gegen Arbeiter wegen ihrer politischen Tätigkeit in den Jahren 1919 bis 1921 vollstreckt. Immer noch werden neue Schreckensurteile gegen Arbeiter wegen der damaligen politischen Kämpfe gefällt. Erst vor wenigen Wochen hat der 4. Strafsenat des Reichsgerichts unter dem Vorsitz Niederns in einem einzigen Prozeß 14 Jahre Justizhaus verhängt. Diese schweren Urteile wurden fast nur gegen Angehörige der Linksparteien gerichtet, während alle Angehörigen der Rechtsparteien überhaupt nicht erfaßt verfolgt wurden oder nur geringe Strafen erhielten und außerdem längst amnestiert sind. Diese offensichtliche Klassenjustiz hat in der gesamten werktätigen Bevölkerung die schärfste Scherung hervorgerufen. Ist die Reichsregierung bereit, durch ein umfassendes Amnestiegesetz endlich alle Opfer dieser politischen Justiz unerschütterlich freizulassen?

Neues Racheurteil in Wien

Wien, 16. September. (Eigener Drahtbericht.)

Bei den letzten Verhandlungen wurde das bisher härteste Urteil gegen Justizangeklagte gefällt: der Arbeiter Karl Wallhauer, der bis gestern in Unterhubsanhaft saß, wurde wegen Aufhaltens eines Autos zu vier Monaten schweren Kerkers, monatl. ein Hofst. verurteilt, trotzdem selbst der Staatsanwalt zugab, daß es sich eigentlich nur um Rädigung (ein Delikt, auf dem nur eine geringe Strafe steht) handle.

Die Wiener Rachejustiz hat mit „leichten" Urteilen begonnen. Nachdem die SPD den Widerstand der Arbeiter gegen die Klassenjustiz bemerkt, tritt jetzt schon eine Straffestrigung ein. So erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete Richter in Wien-Weidling in einer Rede: „Es müssen welche verurteilt werden, ... damit die Arbeiter besser denken lernen."

Ein neues Todesopfer litauischer Standgerichte

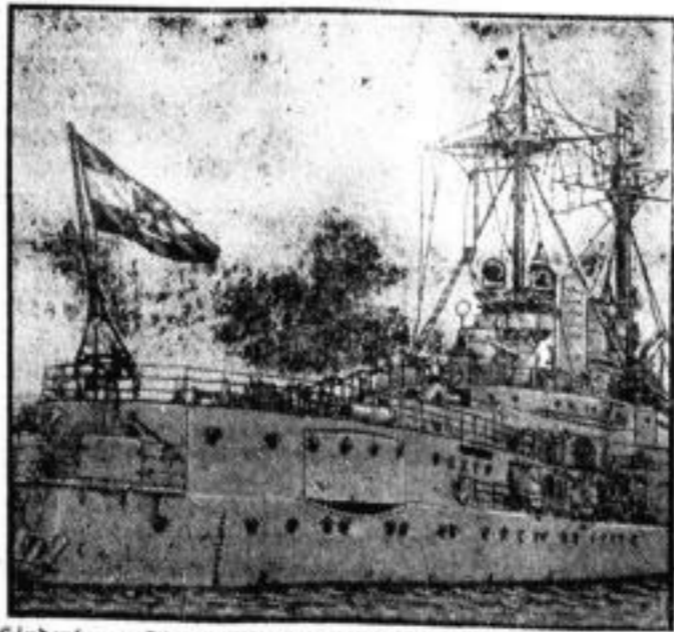
Kowno, 17. September. (Eig. Drahtbericht.)

Das Feldgericht in Tauragan verurteilte den am Aufstand beteiligten Richard Wiesenberg zum Tode. Das Urteil wurde sofort vollstreckt. Von 6 anderen, dem Feldgericht vorgeführten Angeklagten wurde einer freigesprochen, die übrigen zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt.

Der neudeutsche Imperialismus

Königsberg, 16. September. (Eig. Drahtber.)

Die Teilnahme Hindenburgs an den Manövern der deutschen Kriegsflotte in der Ditsche ist zu einer planmäßigen Demonstration des neuen deutschen Imperialismus ausgeartet worden. Heute traf der Reichspräsident in Königsberg ein. Er erschien in Feldmarschalluniform. Die Volkshäuler wurden gezwungen, mit ihren Schulfahnen Spalier zu bilden. Nach einer nationalistischen Schreie des Oberbürgermeisters von Königsberg antwortete Hindenburg: Er erhärtete im Namen der Reichsregierung, daß dieser Ostpreußen besonders am Herzen liege und daß sie alles tun werde, was nötig sei, zum Wohle der Provinz. Er söhne auf die Fähigkeit und die Ausdauer seiner ostpreussischen Landsohne. Mit Gottes Hilfe werde alles Schwere sich überwinden lassen und es wieder aufwärts gehen. Die Stadt war reichlich schwarz-weiß-rot geflaggt. Nach der Zurückschlagung des polnischen Vorschlages nach einem Ostloano auf der letzten Völkereundtagung bedeutet diese Rede Hindenburgs eine bewusste Provokation des neuen deutschen Imperialismus, der sich als Basall Englands stärker fühlt als je.



Hindenburgs Flaggschiff „Schleswig-Holstein". Stettenmandover gegen die Sowjetunion in der Ditsche.

Boncourts Rede im Genf

Genf, 17. September. (Eigener Drahtbericht.)

Der französische Völkereundtag, der Sozialdemokrat Paul Boncour, hat im Auftrag Poincarés in der 3. Kommission des Völkereundes den angekündigten Antrag über die Verdringung der Arme der Sicherheit und der Abrüstung eingebracht. Mit den üblichen Redensarten über den Friedenswillen der bräunt entwidelte Boncour sowohl in seiner Rede als auch in seinem Resolutionsentwurf folgende bekannten Gedanken aus dem französischen Imperialismus. Die Abrüstung hat den Schander in Versailles gezogenen Staatsverträgen zur Voraussetzung. Der Völkereund müßte so organisiert werden daß seine Mitgliederstaaten in gegebenen Fälle mit Waffengewalt gezwungen würden. Ein Projekt zur Begrenzung und Verminderung der Rüstungen könne nur gleichzeitig mit diesen sogenannten Sicherheitsgarantien ausgearbeitet werden. Mit dieser Resolutions hat Boncour die französische Antwort auf Chamberlains Rede gegeben. Es wird französischerseits der Verlust unternommen, die an der Erhaltung der nach dem Kriege geschaffenen Staatsgrenzen interessierten Staaten unter französischer Führung zu einem Abkommen zu vereinigen.

Der Abrüstungsbeschlusse erlebte im übrigen ein anderes Gaudium dadurch, daß sich die sozialdemokratischen Völkereundvertreter gegeneinander wandten. Den Engländern erkrank in der Berlin des schwedischen sozialdemokratischen Rittmeisterpräsidenten ein Bundesgenosse. Dieser wandte sich gegen die Rede seiner sozialdemokratischen Kollegen im Sinne Chamberlains.

Sacco-Banzetti-Plak in Paris

Paris, 17. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die kommunistische Partei Frankreichs ruft in einem Manifest die Pariser Arbeiterchaft zu einer Massenkundgebung auf, die am 29. September in Clichy stattfinden soll. Die Kundgebung soll der Einweihung des neuen Sacco-Banzetti-Plages in Clichy gelten, der durch einen Beschluß der kommunistischen Gemeindeverwaltung geschaffen wurde.

Das Manifest fordert die Arbeiterchaft auf, eine Gegen demonstration gegen die amerikanische Klassenjustiz zu veranstalten und unter den Losungen: Amnestie für die politischen Gefangenen des Profetariats! Verteidigung der Sowjetunion! Kampf gegen die Unternehmeroffiziere! bei dieser Kundgebung aufzumarschieren.

Vom Tage

Selbsttötung eines Mörders

Hamburg, 16. September. (Telunion.) Der Volkzeit stellte sich heute ein 27jähriger Hamburger Geschäftsführer unter der Selbsttötung. In der letzten Nacht an der Außen-Wasserfront eines 27jährigen Mädchens ermordet und ins Wasser geworfen zu haben. Zwischen ihm und dem Mädchen seien gelbliche Unstimmigkeiten entstanden, worüber er in Erregung geraten sei und sein Opfer vergewaltigt habe. Die Leiche konnte bisher noch nicht geborgen werden.

Für 80.000 Mark Juwelen gestohlen!

Frankfurt a. M., 16. September. Aus einer Villa in der Friedrichstraße wurden auf bis jetzt noch unauffällige Weise Juwelen, Perlen und Goldwaren im Gesamtwerte von 80.000 Mark gestohlen, darunter eine Perlenkette die aus 228 Perlen besteht und allein einen Wert von 60.000 Mark repräsentiert.

Die Erdbebentatung in Rußland

Berlin, 16. September. Aus Moskau verlaudet, daß bei neuen Erdbeben in Cherson 40 Häuser einstürzten. Die Halbinsel Nisich auf der Krim ist im Meer verschwunden. Die Bevölkerung der nördlichen Küste des Schwarzen Meeres flüchtet ins Innere. — Von der Insel Sachalin wird ebenfalls ein Erdbeben gemeldet, das bis zu 6 Minuten dauerte. Einzelheiten fehlen noch.



Hindenburg an Bord der „Schleswig-Holstein".

Goldene Hindenburg-Worte

„Der Krieg bekommt mir wie eine Badetur."

„Hoffentlich dauert dieser Krieg so lange, bis sich alles unserem Willen fügt."

Oberst Bauer, der bekannte Kapplst, zu dem Historiker Professor Delbrück über Hindenburg:

„... eine ehrwürdige Null... Wir haben ihm zuletzt gar nicht mehr gesagt, wo die Armeekorps händen."